

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 17/2136

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN • Düsternbrooker Weg 70 • 24105 Kiel

An die Vorsitzende des Bildungsausschusses
Zu Händen Herrn Ole Schmidt

- Im Hause -

Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landtag Schleswig-Holstein

Anke Erdmann
Stellv. Fraktionsvorsitzende
Schulpolitische Sprecherin

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel
Zentrale: 0431/988-1500
Durchwahl: 0431/988-1514
Telefax: 0431/988-1501
anke.erdmann@gruene.ltsh.de

Kiel, 29.03.2011

Änderungsantrag für Bildungsausschuss am 31.03.2011: Antrag "Erhalt des Landesförderzentrums Sprache in Wentorf" (Dr.17/1182) in neuer Fassung

Sehr geehrte Frau Ausschussvorsitzende,
sehr geehrter Herr Schmidt,

im Rahmen seiner Beratung bitte ich den Ausschuss, den Antrag "Erhalt des Landesförderzentrums Sprache in Wentorf" (Dr.17/1182) in folgender neuer Fassung dem Landtag zur Annahme zu empfehlen:

"Moratorium zum Landesförderzentrum Sprache in Wentorf

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, den Umzug des Landesförderzentrums Sprache von Wentorf nach Schleswig solange auszusetzen, bis ein Gesamtkonzept zur Inklusion im Bildungsbereich dem Landtag vorgelegt, beraten und beschlossen wurde. Erst auf dieser Grundlage können weitere Schritte und Entscheidungen erfolgen.
2. Ein Umzug setzt zudem voraus, dass eine dezentrale, familiennahe Förderung der Kinder flächendeckend umsetzungsreif und gesichert ist.
3. Da die Landesregierung beides nicht bis zum kommenden Schuljahr sicher stellen kann, wird der Umzug zumindest mit einem einjährigen Moratorium belegt und kann frühestens zum Schuljahr 2012/2013 erfolgen.

Begründung:

Die Grundlagen für den Umzug des Förderzentrums Sprache sind weder konzeptionell noch finanziell untermauert.

Wie wir bereits mit Drucksache 17/1280 beantragt haben, bedarf es eines Gesamtkonzeptes zur landesweiten Umsetzung von Inklusion in der Schule. Aus unserer Drucksache 17/1269 geht hervor, dass auch die finanzielle Fundierung nicht gegeben ist.

So fehlt eine klare und umsetzungsreife Absprache mit allen Kreise und kreisfreien Städten, wie die dezentrale, familiennahen Förderung konkret aussehen soll. Insbesondere die finanzielle Beteiligung vor Ort ist derzeit noch ungeklärt. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass ein qualitativ angemessenes, flächendeckendes Angebot zum neuen Schuljahr sichergestellt wird. Dies ist aber eine notwendige, wenn auch keine hinreichende Bedingung für einen solchen Umzug."

gez.

Anke Erdmann
und Fraktion